



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

07/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren	4
EuGH: Anforderungen bei Rückkehrentscheidungen gegen unbegleitete Minderjährige	4
EUAA: Neue Country Guidance Somalia und Aktualisierung Country Guidance Irak	5
IZAM: Jahresbericht 2022	6
EUAA: Asylbericht 2022	6
Aus der Rechtsprechung	6
VG Aachen / Griechenland: Einschränkende Auslegung und Nichtanwendbarkeit des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG bei Schutzzuerkennung	7
VG Düsseldorf / Bangladesch: Flüchtlingseigenschaft für aktiven Oppositionellen mit exilpolitischem Engagement	7
Neuerwerbungen der Bibliothek	8
Impressum	10



EuGH: Anforderungen bei Rückkehrentscheidungen gegen unbegleitete Minderjährige

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat auf ein niederländisches Vorabentscheidungsersuchen hin am 14. Januar 2021 (Rs. C 441/19)¹ klargestellt, dass gegenüber unbegleiteten Minderjährigen keine Rückkehrentscheidung – im deutschen Recht die Abschiebungsandrohung nach § 34 Asylgesetz (AsylG) – erlassen werden darf, wenn die Abschiebung nicht möglich ist. Hintergrund der Vorlage war die Ablehnung eines Antrags eines unbegleiteten 15-Jährigen aus Guinea auf Erteilung einer befristeten Aufenthaltserlaubnis für Asylbewerber. Nach niederländischem Recht gilt dies als Rückkehrentscheidung. Das vorlegende Gericht stellte klar, dass der unbegleitete Minderjährige keinen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz habe, zugleich wies er darauf hin, dass der Aufenthalt des 15 Jahre alten oder älteren unbegleiteten Minderjährigen im Zeitraum zwischen seinem Asylantrag und dem Erreichen der Volljährigkeit in den Niederlanden illegal, aber geduldet sei.

Der EuGH beantwortete das Vorabentscheidungsersuchen dahin, dass Art. 6 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 5 Buchst. a der Richtlinie 2008/115/EG – Rückführungsrichtlinie – (RFRL) und mit Art. 24 Abs. 2 der EU-Grundrechtecharta dahin auszulegen ist, dass ein Mitgliedstaat, der den Erlass einer Rückkehrentscheidung gegen unbegleitete Minderjährige in Betracht zieht, in allen Stadien des Verfahrens zwingend das Wohl des Kindes zu berücksichtigen hat: Das bedeutet, dass die Situation des unbegleiteten Minderjährigen umfassend und eingehend zu beurteilen ist.

In seinem Urteil trifft der EuGH für Verfahren von unbegleiteten Minderjährigen die folgenden grundlegenden Aussagen mit Relevanz für die deutsche Verfahrenspraxis: Zunächst stellt der EuGH klar, dass die Verbindung von Asyl- und Rückkehrentscheidung zulässig ist. Allerdings besteht bei unbegleiteten Minderjährigen bereits vor Erlass der Rückkehrentscheidung eine Prüfpflicht der Asylbehörden, ob für betreffende unbegleitete Minderjährige im Rückkehrstaat im Einzelfall eine geeignete Aufnahmemöglichkeit zur Verfügung steht (Art. 10 Abs. 1 RFRL). Das heißt die Behörde muss sich vergewissern, dass unbegleitete Minderjährige an ein Familienmitglied, einen offiziellen Vormund oder eine geeignete Aufnahmeeinrichtung im Rückkehrstaat übergeben werden können (Art. 5 RFRL), hierzu sind unbegleitete Minderjährige

anzuhören. Weitere zu berücksichtigende Kriterien sind insbesondere das Alter, das Geschlecht, die besondere Schutzbedürftigkeit, der physische und psychische Gesundheitszustand, die Unterbringung in einer Aufnahmefamilie, das Schulbildungsniveau und das soziale Umfeld der unbegleiteten Minderjährigen.

Steht eine geeignete Aufnahmemöglichkeit nicht zur Verfügung, darf keine Rückkehrentscheidung nach Art. 6 Abs. 1 RFRL erlassen werden, anderenfalls würden unbegleitete Minderjährige in eine Situation großer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Rechtsstellung und Zukunft versetzt, insbesondere in Bezug auf Schulausbildung, Verbindung zu einer Pflegefamilie oder die Möglichkeit, in dem betreffenden Mitgliedstaat zu bleiben, was Art. 5 Buchst. a RFRL in Verbindung mit Art. 24 Abs. 2 der EU-Grundrechtecharta zuwiderliefe. In diesem Fall ist den Interessen der unbegleiteten Minderjährigen an einem sicheren Aufenthalt Rechnung zu tragen.

Liegt demgegenüber eine Rückkehrentscheidung vor, hat der Mitgliedstaat aber auch alle erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der Abschiebung zu ergreifen (Art. 8 Abs. 1 RFRL) und die Abschiebung innerhalb kürzester Frist durchzuführen; hiervon darf nicht abgesehen werden. Vor der Abschiebung muss sich der Mitgliedstaat allerdings erneut vergewissern, dass unbegleitete Minderjährige einer aufnahmebereiten Person/Institution übergeben werden können. Hierdurch wird der Entwicklung der Situation Rechnung getragen, die sich nach Erlass der Rückkehrentscheidung ergeben kann. Im Falle einer negativen Entwicklung darf keine Vollstreckung der Rückkehrentscheidung erfolgen (Art. 10 Abs. 2 RFRL).

Für das Bundesamt bedeuten die vom EuGH aufgestellten Anforderungen eine Verpflichtung zur Prüfung und Feststellung einer konkret-individuellen Wiederaufnahmemöglichkeit unbegleiteter Minderjähriger im Herkunfts- beziehungsweise Aufenthaltsstaat vor Erlass einer Abschiebungsandrohung. Mit diesen Anforderungen geht der EuGH über die im Rahmen der Prüfung der nationalen Abschiebungsverbote vorzunehmende Rückkehrprognose hinaus. Diese Prognose bleibt vom Urteil des EuGH unberührt, da dieses nur für den Erlass der Rückkehrentscheidung gilt.

Dies bedeutet künftig erhöhte Anforderungen bei der Sachverhaltsaufklärung. Das heißt, die schon bisher bestehende intensive Sachverhaltsermittlung muss durch die Nutzung sämtlicher dem Bundesamt zur Verfügung stehender Möglichkeiten zur Klärung der Identität und insbesondere noch im Herkunftsland vorhandener familiärer Strukturen weiter vertieft werden. Dies gilt vor, während und im Nachgang der Anhörung und umfasst Registerabgleiche, gegebenenfalls Einsatz von IDM-S-Tools², Heranziehung von

¹ EuGH, vom 14.01.2021, C-441/19, Urteil, <https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe?func=ll&objId=23696676&objAction=attrvaluesedit&AttrSet=%7B20414124%2C17%7D&version=-1&nexturl=%2FOTCS%2Fcs.exe%3Ffunc%3Dl%26objid%3D23696453%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>

² Der Begriff IDM-S steht für Assistenzsysteme im Identitätsmanagement. Darunter fallen eine Reihe von technischen Assistenzprogrammen zur

Auskünften aus dem Visa-Informationssystem sowie eine sorgfältige Aufklärung der bestehenden familiären Bezüge ins Herkunfts-/Aufenthaltsland in der Anhörung beziehungsweise Kontaktaufnahme mit Mitgliedstaaten zur Identitätsklärung inklusive Alter und etwaig dort bekannter familiärer Bezüge, erforderlichenfalls (medizinische) Altersbestimmung, Nutzung der Recherchemöglichkeiten der bundesamtsinternen Länderanalyse und Anfragen an das Auswärtige Amt.

Soweit nach dem Prüfergebnis das konkrete Vorhandensein einer geeigneten Aufnahmemöglichkeit für unbegleitete Minderjährige festgestellt werden kann, erlässt das Bundesamt eine Abschiebungsandrohung. Ansonsten ergeben sich in diesem Fall keine Besonderheiten für das Asylverfahren. Kann auf Grund der Prüfung des Bundesamtes das konkrete Vorhandensein einer geeigneten Aufnahmemöglichkeit für unbegleitete Minderjährige nicht festgestellt werden, darf vom Bundesamt keine Abschiebungsandrohung nach § 34 AsylG erlassen werden, da diese dem Unionsrecht entgegenstünde. Mit Eintritt der Unanfechtbarkeit ist das Asylverfahren beendet, sodass die Ausländerbehörden für die weiteren aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen zuständig sind. Die Entscheidung des EuGH hat keine Auswirkungen auf die bereits gemäß § 58 Abs. 1a AufenthG vor der Abschiebung bestehende Vergewisserungspflicht der Ausländerbehörde; diese gilt unverändert fort.

Anika Zalewsky und Tina Fleischer, 61A

EUAA: Neue Country Guidance Somalia und Aktualisierung Country Guidance Irak

Die Agentur der Europäischen Union für Asylfragen (EUAA) hat im Juni 2022 zwei Country Guidance (Länderleitfäden) veröffentlicht: Die neue Country Guidance Somalia und die Aktualisierung der Country Guidance Irak. Beide Dokumente basieren nach Angaben der EUAA auf aktuellen Informationen über die Lage in dem jeweiligen Land und sollen nationale Entscheidungsträger bei der Prüfung von internationalem Schutz auf Grundlage der einschlägigen EU-Richtlinien unterstützen.

Hintergrund

Die EUAA-Länderleitfäden werden im Rahmen der EUAA Country Guidance Networks von Kolleginnen und Kollegen aus europäischen Partnerbehörden

Identitätsklärung von Asylsuchenden wie Transliterationsassistenten (TraLiTA), Stimm- und Bildbiometrie (STA) oder die physikalisch-technische Untersuchung (PTU) zur Überprüfung der Echtheit von Dokumenten. Näheres hierzu s. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Sicherheit/Identitaetsmanagement/identitaetsmanagement-node.html>

erstellt, die EUAA nimmt in diesem Prozess eine koordinierende und unterstützende Rolle ein. Das Bundesamt wird im Country Guidance Network durch das EUAA-CG-Team im für herkunftsländerbezogene Grundsatzfragen zuständigen Fachreferat vertreten. Im Unterschied zu den Herkunftsländerleitsätzen sind Länderleitfäden für Entscheiderinnen und Entscheider des Bundesamtes nicht bindend. Nach Art. 11 der zum Jahresanfang 2022 in Kraft getretenen EUAA-Verordnung (Verordnung (EU) 2021/2303) sind die Mitgliedstaaten jedoch verpflichtet, die Länderleitfäden bei der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zu berücksichtigen. Diese Maßgabe hat das Bundesamt bereits vor Inkrafttreten der Richtlinie durch regelmäßige Berücksichtigung bei der Aktualisierung der jeweiligen Herkunftsländerleitsätze umgesetzt.

Neu: [Country Guidance Somalia](#)

Wie alle Länderleitfäden enthält auch die neue Country Guidance Somalia Analysen und Bewertungen zu folgenden Themen: Verfolgungs- und Schutzakteure, Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz interne Schutzalternative und Ausschlussgründe. Dabei geht der Länderleitfaden insbesondere auf die Gebietskontrolle von Al-Shabaab in Somalia und die operativen Kapazitäten der Gruppe ein. Darüber hinaus wird auch die herausragende Rolle der Clans in der somalischen Gesellschaft intensiv beleuchtet.³

Somalia gehörte im Jahr 2021 zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern in Bezug auf die in der EU+ gestellten Anträge auf internationalen Schutz. Konkret stellten somalische Staatsangehörige im Jahr 2021 fast 16.400 Anträge, so viele wie seit 2016 nicht mehr.⁴

Aktualisiert: [Country Guidance Irak](#)

Die Aktualisierung des Länderleitfadens Irak konzentriert sich auf subsidiären Schutz gemäß Artikel 15(c) der Anerkennungsrichtlinie (innerstaatlicher bewaffneter Konflikt) und auf die Verfügbarkeit einer internen Schutzalternative in Bezug auf Bagdad, Basra und Suleimaniya. Außerdem wurden verschiedene flüchtlingsschutzrelevante Profile aktualisiert.⁵

Irakische Staatsangehörige stellten im Jahr 2021 fast 30.490 Anträge, was einem Anstieg von 53 Prozent gegenüber 2020 entspricht. Damit war Irak im Jahr 2021 das drittgrößte Herkunftsland, was die Zahl der in der EU+ gestellten Anträge auf internationalen Schutz angeht.⁶

Margarete Milek, 61B und Lena Thiem, 62E

³ Vgl. EUAA Pressemitteilung 15.06.22: [EUAA releases new Country Guidance: Somalia](#); abgerufen 07.07.22

⁴ Laut dem von der EUAA veröffentlichten Jahresüberblick über die Asyltrends 2021 <https://euaa.europa.eu/latest-asylum-trends-annual-overview-2021>; abgerufen 07.07.22

⁵ S. EUAA Pressemitteilung 01.07.22: [EUAA releases update of its Country Guidance: Iraq](#); abgerufen am 07.07.2022

⁶ Vgl. EUAA: [Asylum Report 2022](#)

IZAM: Jahresbericht 2022

Das Informationszentrum Asyl und Migration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (IZAM) sorgt seit über 20 Jahren dafür, dass Asylentscheiderinnen und -entscheidern sowie Verwaltungsgerichten alle länderkundlichen sowie asyl- und ausländerrechtlichen Informationen zur Verfügung stehen, die für die Entscheidung über ein Schutzersuchen notwendig sind.

Zur Informationsgewinnung werden dabei die verschiedensten Quellen, die anhand ihrer Objektivität, Relevanz, Aktualität, Verlässlichkeit, Transparenz und Nachverfolgbarkeit ausgewählt. Die Informationen werden von den Länderanalytistinnen und -analysten recherchiert, ausgewertet und in unterschiedlichen Formaten aufbereitet. Diese Auswertungen finden auch Eingang in den Entscheiderbrief, ebenfalls ein Produkt des IZAM. Weitere öffentlich zugängliche Produkte sind die wöchentlich erscheinenden Briefing Notes und die themenspezifischen Länderberichte. Inhaltlich erschlossen und in die Datenbank MILO eingestellt werden diese Produkte, neben vielen anderen Dokumenten, von den Mitarbeitenden in der Länder- und Rechtsdokumentation.

Daneben gibt es interne Arbeitsgrundlagen und -hilfen, die sich speziell an die Entscheiderinnen und Entscheider im Asylverfahren richten. Ziel ist es, Entscheidungen im Asylverfahren gleich, aktuell und rechtssicher zu machen und damit die Sicherheit und Qualität im Asylverfahren zu gewährleisten.

Die Informationsvermittlungsstelle (IVS) des IZAM ist die zentrale Stelle für Anfragen im Rahmen der Sachaufklärung sowie für Recherchedienste. Sie beantwortet vorwiegend länderkundliche Anfragen von Mitarbeitenden, aber auch von Externen.

Im aktuellen IZAM-Jahresbericht werden diese Strukturen, die Aktivitäten und Entwicklungen sowie die Produkte des IZAM im Zeitraum Mai 2021 bis April 2022 detailliert vorgestellt. Der Bericht wird in Kürze auf der Homepage des Bundesamtes unter „Publikationen“ als Download bereitgestellt.

Anke Eckardt, Gruppe 62

EUAA: Asylbericht 2022

Die Europäische Asylagentur (EUAA) hat ihren jährlichen Asylbericht⁷ am 28. Juni 2022 in Brüssel vorgestellt.⁸ Dieser gibt einen umfassenden Überblick über

die wesentlichen Entwicklungen im Asylbereich zu den EU+-Ländern.⁹

Hintergrund

Der Asylbericht 2022 nutzt Informationen aus einer Vielzahl von Quellen, unter anderem nationalen Asylbehörden, EU-Institutionen, internationalen Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Forschung. Ziel ist es, einen möglichst vollständigen Überblick über die Asylsituation zu geben und verschiedene Perspektiven abzubilden. Alle Berichte der EUAA, wie der nun vorliegende Asylbericht 2022, werden regelmäßig unter Beteiligung der Nationalen EUAA-Kontaktstelle im Bundesamt erarbeitet, geprüft und kommentiert. Dabei bindet sie die zuständigen Fachreferate ein und achtet darauf, dass deutsche Positionen in den Berichten ausreichend berücksichtigt werden.

Zum Inhalt

Der Bericht bietet einen umfassenden Überblick über die wichtigsten aufnahme- und asylbezogenen Entwicklungen im vergangenen Jahr sowie Anfang dieses Jahres und deren Auswirkungen in den EU+-Staaten.

Im Fokus des Berichts stehen die folgenden Themen:

- Reaktionen der EU+ auf den veränderten Schutzbedarf infolge der Entwicklungen in Afghanistan;
- Digitalisierung der Asyl- und Aufnahmesysteme während der COVID-19-Pandemie;
- Beschränkungen aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Asyl- und Aufnahmesysteme;
- erstmalige Aktivierung der Richtlinie 2001/55/EG über vorübergehenden Schutz, als Reaktion auf den Zustrom von Geflüchteten aus der Ukraine in die EU+.

Wichtigste Zahlen

Insgesamt wurden in der EU+ im vergangenen Jahr 648.005 Anträge auf internationalen Schutz gestellt. Unter den Aufnahmeländern wurden in Deutschland davon mit Abstand die meisten Asylanträge (191.000) registriert. Es folgen Frankreich (121.000), Spanien (65.000) und Italien (53.000). Diese Länder haben demzufolge auch die höchste Anzahl an anhängigen Verfahren. Zugangsstärkstes Herkunftsland war erneut Syrien (117.160), gefolgt von Afghanistan (103.000) und Irak (30.500). Afghanische Staatsbürger zählten Ende 2021 außerdem zu der Gruppe mit den meisten anhängigen Verfahren in der EU+; viele Staaten hatten die Bearbeitung aufgrund der Lage in Afghanistan und der mangelnden Verfügbarkeit aktueller Herkunftsländinformationen ausgesetzt.

Loreen Leuschner, 91B

⁷ Pressemitteilung EUAA, <https://euaa.europa.eu/news-events/modern-protective-common-eu-asylum-system-within-reach>, abgerufen am 13.07.2022
⁸ <https://euaa.europa.eu/asylum-knowledge/asylum-report>, abgerufen am 13.07.2022

⁹ EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz

VG Aachen / Griechenland: Einschränkende Auslegung und Nichtanwendbarkeit des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG bei Schutzzuerkennung

Das Verwaltungsgericht (VG) Aachen¹⁰ hat mit seiner Entscheidung vom 3. Juni 2022 (Az. 10 K 2844/20.A) die Auffassung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bestätigt, wonach § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG einschränkend auszulegen und nicht anwendbar ist, wenn die Schutzgewährung in einem Mitgliedstaat erfolgt ist, dessen Asylsystem mit systemischen Mängeln behaftet ist und dem Bundesamt dadurch die Ablehnung der Asylanträge als unzulässig nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG verwehrt ist.

Den Klägern wurde in Griechenland internationaler Schutz gewährt. Nachdem der vom Bundesamt als unzulässig nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG abgelehnte Asylantrag durch das VG Aachen mit Urteil vom 30. Juni 2020 (Az. 10 K 2522/19.A)¹¹ aufgehoben wurde, lehnte das Bundesamt die Anträge der Kläger auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, auf Anerkennung als Asylberechtigte und auf Zuerkennung des subsidiären Schutzes nach erneuter Prüfung als unbegründet ab und stellte fest, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG nicht vorliegen. Die hiergegen erhobene Klage blieb erfolglos.

Das VG Aachen folgt der in der Rechtsprechung verbreiteten Ansicht, wonach die Anerkennung eines Ausländers als Flüchtling oder als subsidiär Schutzberechtigter in einem anderen Staat weder völkerrechtlich, noch unionsrechtlich oder nach nationalem Recht umfassende Bindungswirkung habe.¹²

Wenn der schutzsuchenden Person im Falle einer Überstellung in den anderen Mitgliedstaat – wie hier bei der Überstellung nach Griechenland – die ernsthafte Gefahr drohe, eine gegen Art. 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) verstoßende unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu erfahren, bedarf es nach der Rechtsprechung abweichend vom Grundsatz des § 60 Abs. 1 Satz 3 AufenthG der Durchführung eines weiteren Asylverfahrens in Deutschland, um sicherzustellen, dass der Ausländer die Flüchtlingseigenschaft beziehungsweise den subsidiären Schutzstatus und die mit diesem Status verbundenen Rechte auch in Deutschland in Anspruch nehmen könne.

10 VG Aachen, Urteil vom 3. Juni 2022 – 10 K 2844/20.A –, juris; <https://www.juris.de/perma?d=MWRE220006238>.

11 VG Aachen, Urteil vom 30. Juni 2020, – 10 K 2522/19.A –, <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=23743251&objAction=attrvaluesedit&AttrSet=%7B20414124%2C17%2D7D&version=1&nexturl=%2Fotcs%2Fcs.exe%3Ffunc%3Dill%26objid%3D21716223%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>
12 VG Aachen, Urteil vom 3. Juni 2022 – 10 K 2844/20.A –, Rn. 36 f. m.w.N.

In einem solchen Ausnahmefall ist es dem Bundesamt verwehrt, den Asylantrag nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG als unzulässig abzulehnen, und es ist – in Durchbrechung von § 60 Abs. 1 Satz 3 AufenthG beziehungsweise aufgrund teleologischer Reduktion des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG – verpflichtet, den Asylantrag materiell zu prüfen und über Abschiebungsverbote zu entscheiden.¹³

Das VG Aachen schließt sich mit dieser Entscheidung der Linie des VG Stuttgart¹⁴ an, wonach es einer teleologischen Reduktion des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG bedarf, soweit die Zuerkennung internationalen Schutzes in einem Staat erfolgt ist, dessen Asylsystem mit systemischen Mängeln behaftet ist.¹⁵

Ausgehend davon, dass nach den unionsrechtlichen Vorgaben nur ein Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrages zuständig sein soll¹⁶ und dieser Grundsatz bei einer drohenden Verletzung der in Art. 4 GRCh garantierten Rechte keine Anwendung findet¹⁷, sodass eine Entscheidung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nicht ergehen kann, ist die einschränkende Auslegung des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG folgerichtige Schlussfolgerung der Durchbrechung ebenjenes Grundsatzes.

Die Entscheidung bestätigt die Rechtsauffassung des Bundesamtes.

Iman El Zein, 61D

VG Düsseldorf / Bangladesch: Flüchtlingseigenschaft für aktiven Oppositionellen mit exilpolitischem Engagement

Mit Urteil vom 23. März 2022 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf (Az. 5 K 2985/19.A)¹⁸, dass ein einflussreicher Oppositionspolitiker bei einer Rückkehr nach Bangladesch wegen seiner herausgehobenen (exil-)politischen Tätigkeit für die Oppositionspartei BNP (Bangladesh Nationalist Party) mit

13 So auch bereits VG Düsseldorf, Urteil vom 4. August 2021 – 16 K 1148/21.A –, juris; <https://www.juris.de/perma?d=MWRE210003155>.

14 VG Stuttgart, Urteil vom 18. Februar 2022 – A 7 K 3174/21 –, juris; <https://www.juris.de/perma?d=MWRE220005236>.

15 Siehe Entscheiderbrief 05/2022: Chapoupis, Alicia: VG Stuttgart: Keine Bindungswirkung von Asylentscheidungen eines anderen Mitgliedstaates für deutsche Behörden, S. 6; <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2022/entscheiderbrief-05-2022.html>

16 Art. 3 Abs. 1 Dublin-III-VO, <https://www.juris.de/perma?d=jcg-32013R0604>.

17 EuGH, Beschluss vom 13.11.2019 – C-540/17 –, Hamed und Omar, Rn. 35; <https://www.juris.de/perma?d=WBRE410021555>.

18 VG Düsseldorf, vom 23.03.2022, 5 K 2985/19.A, Urteil, in MLO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=23737884&objAction=attrvaluesedit&version=1&attrset=%7B20414124%2C24%2D7D&nexturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dill%26objid%3D23727097%26objAction%3Dbrowse%26sort%3Dname>

beachtlicher Wahrscheinlichkeit mit einer (flüchtlings-) schutzrelevanten Verfolgung zu rechnen hätte.

Die Familie, Eheleute mit zwei minderjährigen Kindern, sind Staatsangehörige Bangladeschs bengalischer Volkszugehörigkeit. Sie reisten 2018 in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellten Asylanträge. Mit Bescheid vom 18. März 2019 lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Anträge ab. Daraufhin erhob die Familie am 8. April 2019 Klage.

Der Kläger hat dem Gericht seine detaillierten – größtenteils durch eingeholte Auskünfte bestätigten – Ausführungen¹⁹ in der mündlichen Verhandlung glaubhaft machen können. Er sei von 2011 bis 2017 als (stellvertretender) Schatzmeister der BNP Jubo Dal (Jugendorganisation der BNP) für ganz Bangladesch zuständig gewesen, wollte bei den Parlamentswahlen im Jahr 2018 als Kandidat antreten und habe deshalb mediale Aufmerksamkeit genossen. Der Kläger sei im Zusammenhang mit seiner politischen Betätigung von Polizei und Regierungsanhängern aufgesucht, erpresst und durch unberechtigte Anzeigen denunziert worden. Zwar seien in Bangladesch keine gezielten und systematischen Repressionen aufgrund einer politischen Überzeugung bekannt. Die mangelhaft vollzogene Gewaltenteilung und der „voraussetzende Gehorsam“ könnten in Einzelfällen jedoch dazu führen, dass staatliche Organe die Zivilgesellschaft unterdrücken. Die Regierung habe bereits seit dem Wahlboykott der BNP im Jahr 2014 bis zu den Vorwahlmonaten im Jahr 2018 viele Oppositionspolitiker verhaften lassen.²⁰

Es bestehe für den Kläger auch keine Möglichkeit, bei staatlichen Stellen um Schutz nachzusuchen, da die Polizei selbst in Verfolgungsmaßnahmen involviert gewesen sei. Wegen der herausgehobenen politischen Aktivitäten hätte er auch in anderen Landesteilen nicht unauffällig leben können. Folglich habe er jederzeit damit rechnen müssen, asylrelevanter politischer Verfolgung durch staatliche Stellen beziehungsweise nichtstaatliche Akteure ausgesetzt zu sein, gegen die der bangladeschische Staat nicht bereit und in der Lage sei, ausreichend Schutz zu gewähren.

Der Kläger engagiere sich auch heute noch aus dem Exil heraus in besonders herausgehobener Weise über die sozialen Medien regierungskritisch für die BNP. Mit seiner regelmäßigen Betätigung etwa über Facebook erreiche er eine erhebliche Zahl von über 300.000 Menschen. Videos von ihm würden auf verschiedenen Plattformen teilweise bis in die Millionenzahl hinein angeklickt. Dies bleibe weder den staatlichen Behörden noch den Anhängern der Regierung verborgen, was der Kläger durch die Vorlage einschlägiger Bedrohungen über die sozialen Netzwerke auch glaubhaft gemacht habe. Die Regierung Bangladeschs überwache aktiv das Internet, so übe die Bangladesh

Telecommunication Regulatory Commission der Regierung Kontrollrechte über das Internet aus. Sie kontrolliere Aktivitäten im Netz und filtere oder blockiere Webseiten sowie Kommunikations- und Social-Media-Plattformen, wenn diese als regierungskritisch eingestuft werden.²¹

Das VG Düsseldorf kommt daher in diesem Fall zu dem Ergebnis, dass eine beachtliche Wahrscheinlichkeit bestehe, der Kläger könne bei einer Rückkehr nach Bangladesch erneut in das Visier staatlicher beziehungsweise nichtstaatlicher Akteure geraten und müsse weiterhin mit asylrelevanter Verfolgung rechnen.

Dr. Anke Reiß, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Annual report on the situation of asylum in the European Union - 2020. - 1 Online-Ressource (264 Seiten). - ISSN 1477-4826

Bast, Jürgen [u.a.]: Human rights challenges to European migration policy: the REMAP study. - Second, revised edition 2022. - Baden-Baden: Nomos, 2022. - 1 Online-Ressource (292 Seiten). - ISBN 978-3-7489-2674-0

Die neue Hochqualifiziertenrichtlinie: Rechtliche und praktische Einordnung für die Migration von qualifizierten Beschäftigten in die EU. - Baden-Baden: Nomos, 2022. - 273 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7263-6

EASO practical guide on exclusion for serious (non-political) crimes. - December 2021. - Luxembourg: Publication Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (54 Seiten). - ISBN 978-92-9465-546-2

EASO practical guide on information provision in the Dublin procedure. - December 2021. - Luxembourg: Publication Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (89 Seiten). - ISBN 978-92-9465-112-9

EASO practical guide on registration: lodging of applications for international protection. - December 2021. - Luxembourg: Publication Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (93 Seiten). - ISBN 978-92-9476-766-0

¹⁹ Ebd., S. 6.

²⁰ Ebd., S. 6.

²¹ Ebd., S. 7.

EASO practical guide on the application of cessation clauses. - November 2021. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (49 Seiten). - ISBN 978-92-9485-221-2

„Gelungene Integration“: Ethische und rechtliche Perspektiven. - Stuttgart: Franz Steiner Verlag, [2022]. - 245 Seiten. - ISBN 978-3-515-13170-4

Hailbronner, Kay: Ukraine-Flüchtlinge: Kostenlose Info-Broschüre zu den jüngsten rechtlichen Änderungen. - [München]: Rehm, [2022]. - 150 Seiten

Herker, Simon: Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität: Konzept, Analyse und Ausblick. - Baden-Baden: Nomos, 2022. - 362 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7461-6

Hupke, Lea; Mantel, Johanna: EuGH und BVerwG zum Familienschutz: Rechtsprechungsübersicht zu bislang strittigen Fragen beim abgeleiteten Schutz. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 3, Seite 74-80

Kosyakova, Yuliya; Brücker, Herbert: Seeking asylum in Germany: Do human and social capital determine the outcome of asylum procedures?. - In: European sociological review. - 36 (2020), Heft 5 vom 1.5.2020, 1 Online-Ressource (Seite 663-683)

Lührs, Lisa-Marie: Überstellungsschutz und gegenseitiges Vertrauen: europäischer Grund- und Menschenrechtsschutz im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem. - Tübingen: Mohr Siebeck, [2021]. - XIX, 315 Seiten. - ISBN 978-3-16-160137-8

Offer, Bettina [u.a.]: Beschäftigungsverordnung: Mit AufenthG (Auszug zur Arbeitsmigration): Kommentar. - 2. Auflage. - München: C.H. Beck, 2022. - 1 Online-Ressource (xx, 516 Seiten). - ISBN 978-3-406-74954-4

Pichl, Maximilian: Rechtskämpfe: Eine Analyse der Rechtsverfahren nach dem Sommer der Migration. - Frankfurt; New York: Campus Verlag, [2021]. - 359 Seiten. - ISBN 978-3-593-51510-6

Qendraj, Pamela: Work permit regulations and migrants' labor market outcomes. - March 2022. - Bonn: IZA, 2022. - 1 Online-Ressource (55 Seiten)

Reforming the common European Asylum System: opportunities, pitfalls, and downsides of the Commission proposals for a new Pact on Migration and Asylum. - 1st edition 2022. - Baden-Baden: Nomos, 2022. - 1 Online-Ressource (299 Seiten). - ISBN 978-3-7489-3116-4

Romer, Adriana; Nufer, Seraina: Der Schutzstatus S für Geflüchtete aus der Ukraine. - 8 Seiten. In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 37 (2022), Heft 2: Das Asylverfahren: Erkenntnisse und Herausforderungen im aktuellen Kontext, Seite 14-21

Seitz, Bettina; Wanzke, Nadine; Borjon-Krake, Corinne; Leitloff, Karl: Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration: gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung - 2021. Stand: 05/2022. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022. - 1 Online-Ressource (48 Seiten)

Tonn, Stephanie: Die Zukunft der Arbeitskräfteeinwanderung - Teil I: kann die neue Koalition punkten?. - 4 Seiten. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAusIR. - 44 (2022), Heft 5, Seite 169-172

Tonn, Stephanie: Die Zukunft der Arbeitskräfteeinwanderung - Teil II: wieviel Fortschritt steckt hinter den Ideen der Koalition?. - 6 Seiten. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAusIR. - 44 (2022), Heft 6, Seite 213-252

Traine, Federico: Sinneswandel im Freizügigkeitsrecht? Zur Bedeutung von Art. 20 AEUV für Familienangehörige von Unionsbürger*innen. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2022), Heft 3, Seite 64-73

Trinh, Julia: Die Strafbarkeit der Fluchthilfe: eine Auseinandersetzung mit dem sog. Schleusertatbestand in § 96 AufenthG. - 1. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2021. - 346 Seiten. - ISBN 978-3-8487-8678-7

Vitr, Anika: Inobhutnahme minderjähriger Flüchtlinge bei Kontakterhalt mit den Eltern. - Baden-Baden: Tectum Wissenschaftsverlag, [2021]. - XII, 296 Seiten: Diagramme. - ISBN 978-3-8288-4621-0

Welte, Hans-Peter: Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz für Vertriebene aus der Ukraine. - 5 Seiten. - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAusIR. - 44 (2022), Heft 6, Seite 213-252. - Juni 2022, Seite 218-222

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

07/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

